

21.8.2014, 15:16 Uhr

Kantonale Abstimmung vom 28. September

Mit günstigen Wohnungen den Bevölkerungs-Mix erhalten

21.8.2014, 15:16 Uhr



Besonders in den Gemeinden am Zürichsee ist das Wohnen teuer. Das Bild zeigt einen mit Villen geschmückten Weg in Zollikon. (Bild: Karin Hofer)

Die Befürworter der kantonalen Vorlage von Ende September wollen den Gemeinden ein wohnpolitisches Instrument in die Hand geben. Verdichtung werde sozial abgefedert eher akzeptiert.

sho. Alle Mitte-links-Parteien samt CVP und GLP, der Mieterverband Zürich (MV), die Wohnbaugenossenschaften, aber auch Gemeindevertreter befürworten die Änderung der Planungs- und Baugesetzes (PBG). Damit würden die Kommunen die Möglichkeit erhalten, in ihrer Nutzungsplanung Zonen auszuscheiden, die für den Bau von preisgünstigen Wohnungen reserviert sind.

Am Abstimmungstag werde die Schweiz nach Zürich schauen, ist MV-Geschäftsleiterin Felicitas Huggenberger überzeugt. Die in Zug geborene Idee setze ein klares Signal: Wo viel gebaut werde, müsse auch preisgünstiger Wohnraum entstehen. Heute hätten auch weitsichtige Immobilienentwickler erkannt, dass die Fixierung auf das Hochpreissegment kein Zukunftsmodell sei, sagte Huggenberger am Donnerstag an einer Pressekonferenz.

In diese Kerbe hieb ebenso Peter Schmid, Präsident der Wohnbaugenossenschaften Zürich. In der Baubranche hätten viele gemerkt, dass eine Zusammenarbeit mit den Gemeinnützigen einen Mehrwert bringe, nämlich lebendige und sozial gut durchmischte Quartiere. Seit 2000 sei die Teuerung um 8, der Mietpreisindex jedoch um 20 Prozent gestiegen. Günstiger Wohnraum werde immer knapper, sagte Schmid, dank der Gesetzesrevision könne wieder mehr davon geschaffen werden.

Gemeinden erhalten mit Instrument «mehr Spielraum»

Entscheidend sind dabei die Gemeinden. Das Instrument vergrössere ihren Spielraum, betonte der Wädenswiler Stadtpräsident und CVP-Fraktionschef Philipp Kutter. Wichtig sei, dass eine solche Festlegung nur zusammen mit einer Aufzoning möglich werde, also der Boden danach mehr wert sei. Dadurch werde aber die gebotene Siedlungsentwicklung nach innen sozial verträglich und damit

einfach. Eine Gemeindeversammlung stimme einer Verdichtung eher zu, wenn sie Einfluss auf die Art der Wohnungen nehmen könne.

Als Präsident der Regionalplanung Zimmerberg erklärte der frühere FDP-Kantonsrat und Richterswiler Gemeindepräsident Ruedi Hatt, sie sei mit Bauch und Rücken für die Vorlage. An die Adresse der bürgerlichen Gegner sagte er, sie sollten sich vergegenwärtigen, dass der soziale Friede auch der direkten Demokratie zu verdanken sei. Mit der geplanten Änderung werde gar niemand enteignet, Ein- und Aufzonen blieben auch in Zukunft für die betroffenen Besitzer ein grosser Glücksfall. Hingegen werde die Gemeindeautonomie gestärkt, so Hatt, bringe sie doch die schon lange geforderte Möglichkeit, preiswerten Wohnungsbau mit angemessener Rendite zu unterstützen.

Mieten schlagen auf Sozialhilfe

Dass dies heute nicht einfach ist, illustrierte die Winterthurer SP-Stadträtin Yvonne Beutler am Beispiel Bülach Nord, wo der Regierungsrat im Gestaltungsplan Vorschriften zum Mehrwertabschöpfung mangels Rechtsgrundlage strich. «Steigende Mieten schlagen auf die Sozialhilfe durch», betonte Beutler. In Winterthur mache dies bereits 30 Prozent der Sozialhilfekosten aus.

Die Zürcher GLP-Gemeinderätin Ann-Catherine Nabholz verknüpfte ihr Votum geschickt mit der Kritik ihrer Partei am geplanten kooperativen Planungsverfahren, wie es der Stadtrat in der Bau- und Zonenordnung vorgeschlagen hatte. Die vorgeschlagene PBG-Revision biete im Gegensatz dazu privaten Akteuren die Möglichkeit, mittels indirekter Mehrwertabgabe und klar definierten Rahmenbedingungen erschwinglichen Wohnraum zu bauen.

MEHR ZUM THEMA

Gemeinnütziger Wohnungsbau in Zürich
Baugenossenschaften unter der Lupe
30.5.2014, 05:30 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.